



Nachtragskredite, gebundene Ausgaben und Zusatzkredite im Rechnungsjahr 2000

1 Gewährung von Nachtragskrediten

Fr.

LAUFENDE RECHNUNG

BÜRGERSCHAFT UND BEHÖRDEN

Stadtrat

12.380	Einlage in das Vorfinanzierungskonto für den Einkauf des Stadtrates in die Versicherungskasse	3'264'000
--------	---	-----------

Am 22. September 1998 hat der Grosse Gemeinderat der Revision der Statuten der Versicherungskasse zugestimmt. Ein Element dieser Revision war die Integration der Ruhegehaltskasse des Stadtrates in die Versicherungskasse. In der Vergangenheit hatten die Mitglieder des Stadtrates zwar die gleichen Beiträge wie die Beamten und Angestellten entrichtet. Die Ruhegehaltskasse wurde aber nicht nach versicherungstechnischen Grundsätzen geführt. Deshalb musste mit der Integration für jedes Stadtratsmitglied eine Einkaufsleistung berechnet werden. Für die Deckung des versicherungstechnischen Fehlbetrages wurde beschlossen, diesen innert sechs Jahren (bis 2004) zu tilgen, was den städtischen Haushalt mit jährlich rund 0,7 Millionen belasten würde. Angesichts des erfreulichen Rechnungsergebnisses wird beantragt, diese Leistungen zulasten der Jahresrechnung 2000 zu finanzieren und damit die kommenden Jahre entsprechend zu entlasten.

BAUVERWALTUNG

Abteilungssekretariat

Ausgehende Beiträge; Sozialer Wohnungsbau

6090.3655	Städtische Wohnbauaktion 1991; Verbilligung von Baurechts- und Mietzinsen	164'000
-----------	---	---------

Die Auszahlungen zur Förderung des Sozialen Wohnungsbaus richten sich nach der Anzahl der gemäss den reglementarischen Bestimmungen Begünstigten, die sich von Jahr zu Jahr ändern können und daher schwierig zu budgetieren sind.



Tiefbauamt

Strasseninspektorat

611.311	Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	312'000
---------	--------------------------------	---------

Aufgrund von Lieferverzögerungen wurden eine Grosskehrmaschine und ein Kastenwagen, welche im Voranschlag 1999 enthalten waren, erst im Jahr 2000 ausgeliefert. Das Rechnungsjahr 1999 schloss auf dieser Position mit einer Kreditunterschreitung von 400'000 Franken ab.

Baulicher Unterhalt

614.314	Baulicher Unterhalt	446'000
---------	---------------------	---------

Die Kreditüberschreitung ist einerseits auf die Verzögerung von Bauvorhaben, welche im Jahre 1999 vorgesehen waren (Minderaufwand 1999: 245'000 Franken) und erst im Jahr 2000 zur Ausführung gelangten, sowie andererseits auf die seit Sommer 1999 massiv angestiegene Teuerung im Strassenbau von etwa acht bis zehn Prozent zurückzuführen. Damit die zwischen Tiefbauamt, Entsorgungsamt, den Stadtwerken und Dritten koordinierten Bauvorhaben für das Jahr 2000 trotzdem realisiert werden konnten und zur Vermeidung von Mehrkosten im Zusammenhang mit Bauunterbrüchen mussten die entsprechenden Mehrausgaben im Rechnungsjahr getätigt werden.

Liegenschaftsamt

Bauplätze und Bodenabschnitte

643.330	Abschreibung auf dem Finanzvermögen	585'000
---------	-------------------------------------	---------

Die Überprüfung des Liegenschaftsverzeichnisses hat ergeben, dass im Verlaufe der Jahre einzelne Parzellen aufgehoben bzw. auf andere Parzellen übertragen wurden, ohne dass dies in der Buchhaltung nachvollzogen wurde. Dabei handelt es sich in der Regel um Vorgänge im Zusammenhang mit Strassenbauten. Der grösste Betrag (Fr. 381'000.--) entfällt auf eine Parzelle bei der Inneren Sonnenstrasse, welche 1988 der Olma-Baurechtsparzelle zugeteilt wurde. Ein weiterer grösserer Betrag (Fr. 141'834.--) steht im Zusammenhang mit der Erschliessung Hüttenwies aus dem Jahre 1978. Bei weiteren drei Parzellen (Simonstrasse, Zschokkeweg und an der Gaiserwaldstrasse) handelt es sich um kleinere Beträge. Nachdem diese Parzellen nicht mehr bestehen, sind die Buchwerte vollständig abzuschreiben.



VERWALTUNG DER TECHNISCHEN BETRIEBE

Entsorgungsamt

721.318	Entschädigung an die KVA	139'000
---------	--------------------------	---------

Die Abfallmengen aus der Stadt zur thermischen Behandlung in der KVA wurde auf 17'500 Tonnen veranschlagt. Die effektive Kehrrichtmenge betrug 18'315 Tonnen. Bei einem Ansatz von 170.– pro Tonne resultieren die erwähnten Mehrkosten. In der KVA führt dies zu entsprechenden Mehrerträgen.

SCHULVERWALTUNG

Schulamt; Primarklassen

830.302	Löhne der Lehrkräfte	550'000
---------	----------------------	---------

Verschiedene Gründe haben zur erwähnten Kreditüberschreitung beigetragen. Einmal mussten zwei Klassen mehr geführt werden als budgetiert. Die Teuerung von 0,5 % wurde nicht auf den einzelnen Lohnkonti, sondern als Budgetkorrektur ins Budget des Personalamtes aufgenommen. Schliesslich haben zwei längere Krankheitsausfälle und die Einführung von GEFOS-Delegierten zu Mehrkosten geführt.

Schulamt; Sekundarklassen

832.302	Löhne der Lehrkräfte	126'000
---------	----------------------	---------

Für diese Kreditüberschreitung ist ebenfalls die nicht auf den Detailkonti budgetierte Teuerung sowie die Einführung von GEFOS-Delegierten verantwortlich.

Schulamt; Realklassen

831.302	Löhne der Lehrkräfte	267'000
---------	----------------------	---------

Zu diesem Mehraufwand führten die höhere Anzahl Klassen und die zweite Phase der Angleichung der Reallehrerlöhne an die Sekundarlehrerlöhne, welche pro Rechnungsjahr ca. 100'000 Franken ausmacht und nicht budgetiert wurde. Hinzu kommen die nicht auf den Detailkonti budgetierte Teuerung und der zusätzliche Aufwand für die GEFOS-Delegierten ab August 2000.

Schulamt; Fördernde Massnahmen

836.302	Löhne der Lehrkräfte	140'000
---------	----------------------	---------

Der Mehraufwand ist begründet mit dem Bedarf an zusätzlichen Fördermassnahmen in hete-



rogenen Klassen und steht im Zusammenhang mit der Umsetzung des GEFOS-Konzeptes.
FINANZVERWALTUNG

Finanzamt

Abschreibung auf dem Verwaltungsvermögen

908.332 Zusätzliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen 5'000'000

Im Voranschlag 2000 wurden 7 Millionen für zusätzliche Abschreibungen eingestellt, im Voranschlag 2001 bereits 12 Millionen. Darin kommt zum Ausdruck, dass die Nettoinvestition durch die ordentlichen Abschreibungen nicht vollständig finanziert werden kann und im Interesse einer hohen Selbstfinanzierung zusätzliche Abschreibungen angestrebt werden müssen. Das gute Rechnungsergebnis erlaubt, bereits im Jahre 2000 die Werte des Budgets 2001 zu erreichen. Die beantragte Erhöhung der zusätzlichen Abschreibungen entspricht überdies etwa den Buchgewinnen, welche insbesondere aus den Bodenverkäufen an der Schlachthofstrasse und im Zusammenhang mit den Bauvorhaben der Raiffeisenbank entstanden.

Organisations- und Informatikamt

930.308 Entschädigungen für temporäre Arbeitskräfte 258'000

Im Zusammenhang mit unbesetzten Stellen mussten beim Information Center personelle Engpässe mit externen Spezialisten überbrückt werden. Diesen Mehraufwendungen für Dritteleistungen stehen jedoch Kreditunterschreitungen von rund 200'000 Franken bei den Löhnen und Sozialleistungen gegenüber.

INVESTITIONSRECHNUNG

Im Zeitpunkt der Budgetierung lassen sich die genauen Baudtermine und damit auch die Zahlungsströme bei grösseren, durch Verpflichtungskredite bereits bewilligten oder noch zu bewilligenden Bauvorhaben zum Teil nur mit relativ grossen Unsicherheiten voraussagen. Während in einzelnen Konten die Kredite nicht voll beansprucht werden, können in anderen die budgetierten Zahlungstranchen überschritten werden. Finanzrechtlich bedeutsamer als das Einhalten der Zahlungskredite in der Investitionsrechnung ist – solange die Nettoinvestition insgesamt eingehalten wird – jedoch die Beanspruchung der finanzrechtlich relevanten Verpflichtungskredite.

POLIZEIVERWALTUNG

Feuerwehr

43.5061 Fahrzeuge, Geräte und Einrichtungen 463'700



Die Anschaffung der Hubrettungsbühne, die allerdings durch Beiträge von Dritten weitgehend mitfinanziert wird, hat sich verzögert.

BAUVERWALTUNG

Abteilungssekretariat

60.5657	Beiträge an Institutionen und Unternehmungen für Altstadtanierungen	212'000
---------	---	---------

Der Beitrag an die SBB von 332'000 Franken für die Innenrestaurierung des Empfangsgebäudes im Hauptbahnhof gelang vollumfänglich erst im Jahre 2000 zur Auszahlung. Bei der Budgetierung war noch von einer Teilauszahlung im Rechnungsjahr 1999 ausgegangen worden.

Tiefbauamt

61.5010	Verkehrsbauten	939'000
---------	----------------	---------

Im vorliegenden Fall ist dies vor allem darauf zurückzuführen, dass für die Erneuerung der Oberhofstettenstrasse (1'300'000 Franken) und für die Sanierung der Schorenstrasse (540'000 Franken) höhere Zahlungen zu leisten waren als bei der Budgetierung angenommen.

61.5660	Verschiedene Beiträge für Tiefbauten	366'000
---------	--------------------------------------	---------

Im Zeitpunkt der Budgetierung war vorgesehen, dass das Projekt für die Verlegung und Offenlegung des Walkebaches grösstenteils im Jahre 1999 ausgeführt würde. Weil die letzte Finanzierungszusicherung erst im Dezember 1999 eintraf, musste das Bauvorhaben auf das Jahr 2000 verschoben werden. Die Stadt muss die Baukosten bevorschussen. Etwa 80 Prozent der Aufwendungen werden nach Abschluss der Bauarbeiten durch Bund, Kanton und Grundeigentümer zurückerstattet.

Hochbauamt

62.5040	Kindergärten, Schulhäuser und Turnhallen	707'000
---------	--	---------

Während für die Schulhäuser Oberzil, Blumenau und die Turnhalle Kreuzbleiche mehr Mittel eingesetzt wurden, wurden die Budgetkredite bei den Schulhäusern Bopparshof und Schönau nicht vollständig beansprucht. Als Saldo ergibt sich der erwähnte Betrag.

Gartenbauamt

63.5001	Sportplätze, Grünanlagen und Friedhöfe	508'000
---------	--	---------

Im Gründenmoos wurden für den Umbau von zwei Rasenspielfeldern zu sandverfüllten



Kunstrasen nicht 2,1, sondern 2,8 Millionen verbaut.

Entsorgungsamt

72.5018	Übrige Bauten	574'000
---------	---------------	---------

Die Belastungen für den Neubau einer regionalen und lokalen Tierkörpersammelstelle haben sich, entgegen der ursprünglichen Planung, auf das Berichtsjahr konzentriert.

Finanzamt

90.5633	Eigene Beiträge an Unternehmungen	1'000'000
---------	-----------------------------------	-----------

Es wurde der restliche Entschuldungsbeitrag des allgemeinen Haushaltes an die Fernwärmeentschuldung (insgesamt 3 Millionen) belastet, einerseits um das Investitionsbudget 2001 zu entlasten und andererseits um mit Blick auf die bevorstehende Ausgliederung der Stadtwerke eine klare Ausgangslage zu schaffen.

SONDERRECHNUNGEN

STADTWERKE

Allgemeine Verwaltung

750.3124	Gutachten, Vorprojekte, Studien	143'000
----------	---------------------------------	---------

Bei der Einführung einer Kostenrechnung war ebenso eine externe Begleitung erforderlich wie bei der Durchführung des Effizienzsteigerungsprogrammes. Ausserdem musste – noch bevor der Grosse Gemeinderat den weiterführenden Kredit erteilen konnte – für die Ausgliederung eine Vorstudie in Auftrag gegeben werden.

Elektrizitätsversorgung

751.3793	Förderbeiträge aus dem Energiefonds	172'700
----------	-------------------------------------	---------

Durch die Umweltfachstelle werden Beiträge aus dem Fonds für rationelle Energieanwendung ausgerichtet und jeweils am Jahresende dem in der Elektrizitätsversorgung bilanzierten Fonds belastet. Bei der Budgetierung war von einem deutlich geringeren Beitragsvolumen ausgegangen worden.

Erdgasversorgung

752.3120	Arbeiten Dritter	142'500
----------	------------------	---------



Erneuerung der am 31.12.1993 abgelaufenen Bewilligung für den Bezug von Bodenseewasser im Seewasserwerk Riet für die nächsten 50 Jahre mit 64'000 Franken in Rechnung gestellt.

Fernwärmeversorgung

754.3715	Ausserordentliche Abschreibung auf dem Anlagevermögen	364'000
----------	---	---------

Die im Jahre 1986 gezeichneten Anteilscheine für Lagergenossenschaften (Sennwald, Häggenschwil, Arnegg) haben aufgrund der zu grossen Tanklager in der Schweiz und aufgrund der geänderten Vorschriften des Bundes zur Pflichtlagerhaltung rund 90 Prozent ihres Wertes verloren. Eine Wertberichtigung ist daher nicht zu umgehen.

Marketing und Vertrieb

755.3138	Dienstleistungen für Öffentlichkeitsarbeit	170'200
----------	--	---------

Im Zusammenhang mit der Einführung des Produktes "Aquapower" entstanden Entwicklungs-, Einführungs- und Betriebskosten von rund 250'000 Franken, wobei die Entwicklungskosten vollständig von der SN Energie AG übernommen wurden. Die Einführungs- und Betriebskosten werden von allen Partnern gemeinsam getragen. Der auf die Sankt Galler Stadtwerke entfallende Anteil von 40 Prozent führte zu nicht budgetierten Mehraufwendungen von 69'000 Franken. Weitere Aufwendungen von 38'300 Franken (ebenfalls 40 Prozent) ergaben sich aus dem Auftritt der SN Energie Gruppe an der OLMA 2000. Der Auftritt war ein Erfolg und bot Gelegenheit, das Produkt "Aquapower" einem breiten Publikum vorzustellen. Im Weiteren erhöhten sich die Beiträge der sgsw an die Swiss Citypower AG (SCP) um 31'900 Franken. Dabei handelt es sich um den Konsortialbeitrag für die im Jahre 2000 neu abgeschlossenen Bündelkundenverträge. Schliesslich gestaltete sich die Ausarbeitung einer Webseite, die Realisierung des Internetauftritts und des neuen Erscheinungsbildes aufwendiger als angenommen.

VERKEHRSBETRIEBE

76.452	Treib- und Brennstoffe	140'000
--------	------------------------	---------

Der starke Anstieg der Erdölpreise führte zu höheren Treibstoffkosten.

76.502	Ausserordentliche Abschreibungen auf dem Anlagevermögen	382'800
--------	---	---------

Mit Beschluss vom 22. Juni 1999 hat der Grosse Gemeinderat dem stufenweisen Übergang zu finanzierungsorientierten Abschreibungen zugestimmt. Die 18 Trolleybusse des Jahrgangs 1991 weisen noch Restwerte auf, die mit diesen Zielsetzungen nicht übereinstimmen. Aufgrund des guten Ergebnisses in der Laufenden Rechnung wird vorgeschlagen, auf diesen Fahrzeugen zusätzlich je 25'000 Franken abzuschreiben.



76.522	Einlagen in übrige Reserven	250'000
--------	-----------------------------	---------

Die im Voranschlag eingestellten Fr. 100'000.– für konzeptionelle Studien im Hinblick auf eine mögliche Ausgliederung der VBSG aus der Stadtverwaltung wurden nicht verwendet. Aufgrund des guten Rechnungsergebnisses sowie gestützt auf die Kosten des Verselbständigungsprojektes der Verkehrsbetriebe der Stadt Luzern wird beantragt, eine Rückstellung von 250'000 Franken zu tätigen.

KEHRICHTVERBRENNUNGSANLAGE

79.3123	Erdgas	135'000
---------	--------	---------

Der Erdgasverbrauch ist direkt abhängig von der Menge und der Rauchgaszusammensetzung der verbrannten Abfälle. Die Abfallmenge wurde für das Jahr 2000 auf 65'000 Tonnen veranschlagt. Die effektiven Anlieferungen betragen 71'000 Tonnen zuzüglich rund 4'000 Tonnen Klärschlamm. Zusätzlich bewegt sich der Erdgasverbrauch im oberen Grenzbereich des von der Herstellerfirma garantierten Maximalverbrauchs und die Verrechnungspreise für Erdgas lagen über den budgetierten Werten.

79.3182	Entschädigung an den Ablagerungsplatz	232'000
---------	---------------------------------------	---------

Die für das Jahr 2000 budgetierte Schlackenmenge aus der KVA zur Ablagerung auf der Deponie Tüfentobel betrug 11'800 m³ auf der Grundlage einer Abfallmenge von 65'000 Tonnen. Die effektive Kehrichtmenge betrug jedoch 71'000 Tonnen zuzüglich rund 4'000 Tonnen Klärschlamm. Die sich daraus ergebende Schlackenmenge von 14'120 m³ führt zu Mehraufwendungen von Fr. 232'000.–. Entsprechende Mehreinnahmen ergeben sich dafür bei der Deponie Tüfentobel.

79.3183	Entsorgung von Sonderabfällen	154'000
---------	-------------------------------	---------

Die für das Jahr 2000 budgetierte Menge an Rückständen aus der Rauchgasreinigungsanlage basierte auf einer Abfallmenge von 65'000 Tonnen. Die effektive Kehrichtmenge betrug rund 75'000 Tonnen. Daraus resultierte eine entsprechend höhere Menge Filterstaub, der entsorgt werden muss.

GEWERBLICHE BERUFSSCHULE

860.3020	Löhne	556'400
----------	-------	---------

Insgesamt wurden 4'950 Lektionen mehr erteilt. Bei den Informatikern und Multimediaelektronikern wurden acht zusätzliche Klassen geführt. Zusatzklassen waren auch bei den Köchen und in den Bauberufen notwendig. Für die Schülerinnen und Schüler der zusätzlichen Klassen



können Schulgelder in Rechnung gestellt werden. Ein Teil des Mehraufwandes wird durch die Beiträge der Kantone und des Bundes rückvergütet. Wegen der Reduktion der Ansätze für die Lehrortsbeiträge sind die Mehraufwendungen jedoch nicht voll gedeckt.

862.3311 Abschreibungen auf den übrigen baulichen Investitionen 200'500

Die bevorstehende Kantonalisierung der GBS hatte eine Überprüfung der Abschreibungspraxis zur Folge. Die GBS hat bisher die Investitionen nach den Vorschriften des städtischen Finanzreglementes (10 % des Restbuchwertes) abgeschrieben. Der Kanton hingegen ging von einer linearen Abschreibung während dreissig Jahren aus. Dies führte dazu, dass die GBS zu hohe Abschreibungen getätigt hatte, was im Budget durch eine starke Reduktion der Abschreibungen korrigiert wurde. Nun hat sich aber gezeigt, dass die Investitionen in die Kirchgasse 15 deutlich höher ausfielen als erwartet. Auch unter Berücksichtigung der kantonalen Abschreibungspraxis ergibt sich der erwähnte höhere Abschreibungsbedarf.

2 Kenntnisgabe über gebundene Ausgaben

Standardisierung der städtischen Netzwerk-Clients (1. Teilprojekt) 631'200
(Investitionsrechnung Konto 93.5069)

Mit der Realisierung der Projekte "Netz 2000" und "Serverfarm" wurden die technischen Grundlagen für eine zentrale Softwareverteilung und Softwarewartung geschaffen. Für eine automatische Softwareverteilung werden die betreffenden Applikationen entsprechend standardisiert und paketiert, damit sie bei Bedarf über das Datennetz an die Empfängerstationen gesandt und dort automatisch installiert werden können. Damit dies auch bei Updates funktioniert, müssen jedoch sämtliche PC-Arbeitsplätze standardisiert eingerichtet sein. Um sämtliche im Netzwerk eingebundenen städtischen Clients zu standardisieren, bedarf es eines beträchtlichen Initialaufwandes. Danach lassen sich alle weiteren Neuinstallationen oder Updates mit vergleichsweise geringem Aufwand durchführen und die jährlichen Kosten für Wartung und Pflege der Systeme können gesenkt werden. Da die meisten Support-Arbeiten nicht mehr vor Ort vorgenommen werden müssen, sondern zentral erledigt werden können, eröffnet dies die Möglichkeit, den Personalbestand im 1st-level-Support des OIA mittelfristig zu reduzieren. Für die zentrale Software-Verteilung und die Standardisierung der PC-Arbeitsplätze in einigen, stark mit der VRSG verflochtenen Dienststellen mussten 478'500 Franken aufgewendet werden. Zusätzlich waren bei der Stadtpolizei aufgrund von technischen Störungen Sofortmassnahmen notwendig, welche, neben der Eliminierung von Problemen mit den bei der Stadtpolizei zum Einsatz gelangenden Spezialapplikationen, ebenfalls hauptsächlich die Vereinheitlichung der Installationen zum Ziel hatten. Für die an der Vadianstrasse 57 betriebenen rund 110 PC-Arbeitsplätzen führte dies zu Aufwendungen von 152'700 Franken. In der Zwischenzeit wurde beschlossen, in einem zweiten Teilprojekt auch die verbleibenden rund 600 Arbeitsplätze zu standardisieren.

Für die beschriebenen Massnahmen der Updates und der Standardisierung gibt es – ähnlich der Update Vorlage 1998 - sachlich keine Alternativen. Diese Ausgaben sind angesichts der Abhängigkeit der Verwaltungstätigkeit von den EDV-Mitteln daher als gebunden zu betrach-



ten.



SONDERRECHNUNGEN

Wasserversorgung

Grundstückgewinnsteuern Parzellen Seewasserwerk Frasnacht (Laufende Rechnung Konto 753.3191)	380'600
---	---------

Bei der Gründung der Regionalen Wasserversorgung St.Gallen AG (RWSG) übertrug ihr die Stadt St.Gallen mehrere Parzellen in Frasnacht als Sacheinlage. Gegen die vom Kanton Thurgau in Rechnung gestellte Grundstücksgewinnsteuer von ursprünglich rund 720'000 Franken ergriff die Stadt alle möglichen Rechtsmittel. Dies führte schliesslich zu der vom Bundesgericht bestätigten Befreiung der direkt dem neuen Seewasserwerk dienenden Grundstücksfläche von der Grundstücksgewinnsteuer. Auf der verbleibenden Fläche war jedoch eine Steuer von Fr. 380'564.80 zu entrichten.

3 Kennnisgabe von Beschlüssen des Stadtrates über Zusatzkredite

Nach Art. 41 Ziffer 3 der Gemeindeordnung ist der Stadtrat für die Erteilung von Zusatzkrediten "bis zu einem Viertel des ursprünglichen Verpflichtungskredites, höchstens aber bis zum Betrag von 100'000 Franken" zuständig. In Absprache mit der Geschäftsprüfungskommission gibt der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat Kenntnis von den im Rechnungsjahr erteilten Zusatzkrediten, welche - ohne die absolute Grenze von 100'000 Franken zu erreichen - einen Viertel des ursprünglichen Verpflichtungskredites übersteigen.

Liegenschaft Sittertalstrasse 38; Instandstellung der Aussenhülle

Verpflichtungskredit (11.8.1998)	114'000
Zusatzkredit (23.5.2000)	49'000

Aufgrund der sehr bescheidenen Rendite dieser landwirtschaftlichen Liegenschaft war ursprünglich vorgesehen, nur zwei Fassadenseiten zu sanieren, Die detaillierte bauphysikalische Untersuchung zeigte jedoch auf, dass das Problem der Feuchtigkeit und Schimmelpilzbildung nicht mit dem vorgesehenen Wärmedämmputz auf der Nord- und Westseite gelöst werden kann. Es musste deshalb die gesamte Aussenhülle mit einer verputzten Aussenwärmendämmung aus Mineralfaserplatten versehen werden.



4 Aufhebung eines Verpflichtungskredites

Nach Artikel 37 Abs. 4 des Finanzregelementes hat der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat von der Aufhebung von Verpflichtungskrediten, die vom Grossen Gemeinderat erteilt wurden, Kenntnis zu geben.

Neubaugebiet Wienerberg: Erschliessung mit Erdgas

Am 21. Oktober 1999 sprach der Grosse Gemeinderat im Rahmen der Gesamterschliessung Wienerberg einen Verpflichtungskredit von 35'000 Franken für die Erschliessung des im Eigentum der Ortsbürgergemeinde St.Gallen befindlichen Grundstücks Nr. F 810 mit Erdgas. Zum Zeitpunkt der Projektierung bzw. der Kreditvorlage stand der Kostenanteil der Ortsbürgergemeinde St.Gallen noch nicht fest. Zwischenzeitlich wurden die Verhandlungen abgeschlossen und es wurde vertraglich festgelegt, dass der Ortsbürgergemeinde St.Gallen auch der Restbetrag von Fr. 35'000.— übertragen wird. Der Verpflichtungskredit wird damit hinfällig.

5 Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Für das Rechnungsjahr 2000 werden die oben begründeten Nachtragskredite erteilt.
2. Von den Beschlüssen des Stadtrates über die erwähnten gebundenen Ausgaben, die Zusatzkredite sowie über die Aufhebung des Verpflichtungskredites wird Kenntnis genommen.

Der Stadtammann:

Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:

Linke

